

München, 02.10.2020

Autoindustrie: SPD sucht gemeinsam mit Arbeitnehmern nach zukunftsfähigen Lösungen

Fraktionsvorsitzender Arnold: Innovation, Mitbestimmung und Arbeitsplatzsicherung gehen Hand in Hand – SPD-Anfrage zeigt: Mehr als 200.000 Beschäftigte in Bayern, rund ein Drittel davon in der Zulieferindustrie

Mit mehr als 200.000 direkt Beschäftigten ist die Automobilindustrie nach dem Maschinenbau der zweitgrößte Industriezweig im Freistaat. Dabei sind knapp zwei Drittel (136.076) in der Herstellung von Kraftfahrzeugen und Motoren tätig, die übrigen in der Herstellung von Teilen und Zubehör (60.848) beziehungsweise von Karosserien, Aufbauten und Anhängern (9.417). Das ergibt die Antwort der bayerischen Staatsregierung auf eine aktuellen [Anfrage](#) des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Horst Arnold**.

In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Menschen, die in der Autoindustrie tätig sind, um etwa 22 Prozent gestiegen – von 168.593 (2009) auf 206.341 (2019). Allerdings gab es 2019 im Vergleich zum Vorjahr erstmals seit Jahren wieder einen leichten Rückgang – und zwar sowohl bei den Autobauern als auch bei den Zulieferern. Wenig überraschend ist die regionale Verteilung: Ungefähr die Hälfte der Menschen, die in der Automobilindustrie tätig sind, arbeitet in Oberbayern (102.486). Betrachtet man hingegen nur die Herstellung von Teilen und Zubehör, liegt Unterfranken mit 18.159 Beschäftigten klar vorne.

Angesichts der schweren Krise der Automobilindustrie, in deren Folge mehrere Unternehmen bereits Stellenstreichungen angekündigt hatten, ruft Arnold dazu auf, zukunftsfähige Lösungen gemeinsam mit den Beschäftigten zu entwickeln. „Um den Strukturwandel aktiv und verantwortungsvoll zu gestalten, braucht es ein starkes Bündnis zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und dem Staat. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Arbeitsplätze zu erhalten, aber diese auch zukunftsfähig zu machen. Innovation, betriebliche Mitbestimmung der Beschäftigten und Arbeitsplatzsicherung gehen aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion nur Hand in Hand.“

Entscheidend sei dabei der Dialog mit den Beschäftigten. Deshalb lud Arnold am 1. Oktober gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen **Annette Karl**, **Diana Stachowitz** und **Doris Rauscher** Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter*innen der besonders betroffenen Standorte zum Austausch in den Bayerischen Landtag ein, um mit ihnen Situation und Perspektiven der Beschäftigten zu diskutieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Weitere Gespräche in ganz Bayern sollen folgen. Dabei stimmt sich die SPD-Landtagsfraktion auch eng mit der

Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion ab, die ebenfalls mehrere Veranstaltungen hierzu ausrichtet.